

Politiker entrüstet über Angriff gegen Bleek

Schmähungen seien keine Seltenheit mehr.

Von Udo Teifel

„Das ist doch eine Verrohung der Gesellschaft. So etwas geht gar nicht.“ Entsetzt reagierte Jürgen Manderla, FDP-Fraktionschef im Stadtrat, auf die Online-Schmähungen gegen Bürgermeister Rainer Bleek. „Ich stehe sicher dem Bürgermeister kritisch gegenüber. Das geht aber hier zu weit.“ Für Stefan Janosi (Grüne) sind diese Angriffe nichts Neues. Auch er hat wie berichtet schon indirekte Drohungen und Beschimpfungen per Mail bekommen. Alles anonym. „Die politische Kultur geht den Bach hinunter“, findet er.

Eine Dimension, die „überhaupt nicht geht“

Der Angriff gegen den Bürgermeister habe eine Dimension erreicht, die geht überhaupt nicht“, sagt Henning Rehse (WNK/UWG). Sicher bekomme auch er solche Mails, reagiere aber auch entsprechend in den sozialen Netzwerken darauf. Seit gut einem Jahr hat Oliver Platt (Büfo) „nervige“ Mails mit immer wieder neuen Absendern in seinem Postfach. „Ich gehe aber davon aus, dass es ein und derselbe Schreiber ist. Er muss mich wohl kennen, gibt sich aber nicht zu erkennen.“ Persönlich angegriffen wurde er nicht, werde aber mit Verschwörungstheorien bom-

bardiert. „Die Argumentation ist schwach. Sie beziehen ihre Infos aus dem Netz von Ihresgleichen. Sie schieben sich die Wahrheit zurecht.“ Die Art und Weise, wie Bleek angegangen sei, bezeichnete er als feige. „Solche Menschen müssen raus aus ihrer Anonymität.“

Was da seinem Parteikollegen passiert sei, spiegele leider den „Mainstream“ wider, sagt Jochen Bilstein (SPD). Er mache sich große Sorgen um das Gemeinwesen – „sämtliche Hemmungen sind offensichtlich gefallen“.

Als „abscheulich und widerlich“ bezeichnete Christian Klicki (CDU) die Schmähungen. „Da setzen sich Menschen wie Rainer Bleek aus idealistischen Gründen für das Allgemeinwohl ein, und diese Leute würden aus ihrer Anonymität heraus im Netz wüste Beschimpfungen veröffentlichen – „hier muss die Politik jetzt zusammenstehen“.

Er selbst sei noch nicht denunziert worden – gelegentlich hart formulierte Briefe habe er schon erhalten. Gerade im sozialen Netzwerk Facebook erlebe er aber immer häufiger, dass Menschen keinen Respekt mehr voreinander hätten. „Ich glaube nicht, dass sie das von Angesicht zu Angesicht so auch sagen würden“, vermutet Klicki.

Mängel-App: 67 haben sich beschwert

Mit der Android-Version hatte die Stadt Startschwierigkeiten. Sie soll aber in ein bis zwei Wochen auch verfügbar sein. *WGA 4.1.17*

Von Anja Carolina Siebel

67 Wermelskirchener haben sich bisher online bei der Stadt beschwert. Über Verschmutzung, fehlende Beleuchtung oder den nicht funktionierenden Müllkalender. „15 haben dafür die Mängel-App benutzt, die anderen die Plattform auf unserer Internetseite“, sagt Michael Weidner vom Haupt- und Personalamt der Stadtverwaltung.

Seit November ist der Mängel-Melder in Wermelskirchen nutzbar. Die App funktioniert bisher allerdings nur für iOS-Geräte, also iPhones oder iPads. „Mit der Android-Version gab es Anlaufschwierigkeiten“, erklärt Michael Weidner. Er schätzt aber, dass auch diese App in „ein bis zwei Wochen“ an den Start gehen kann.

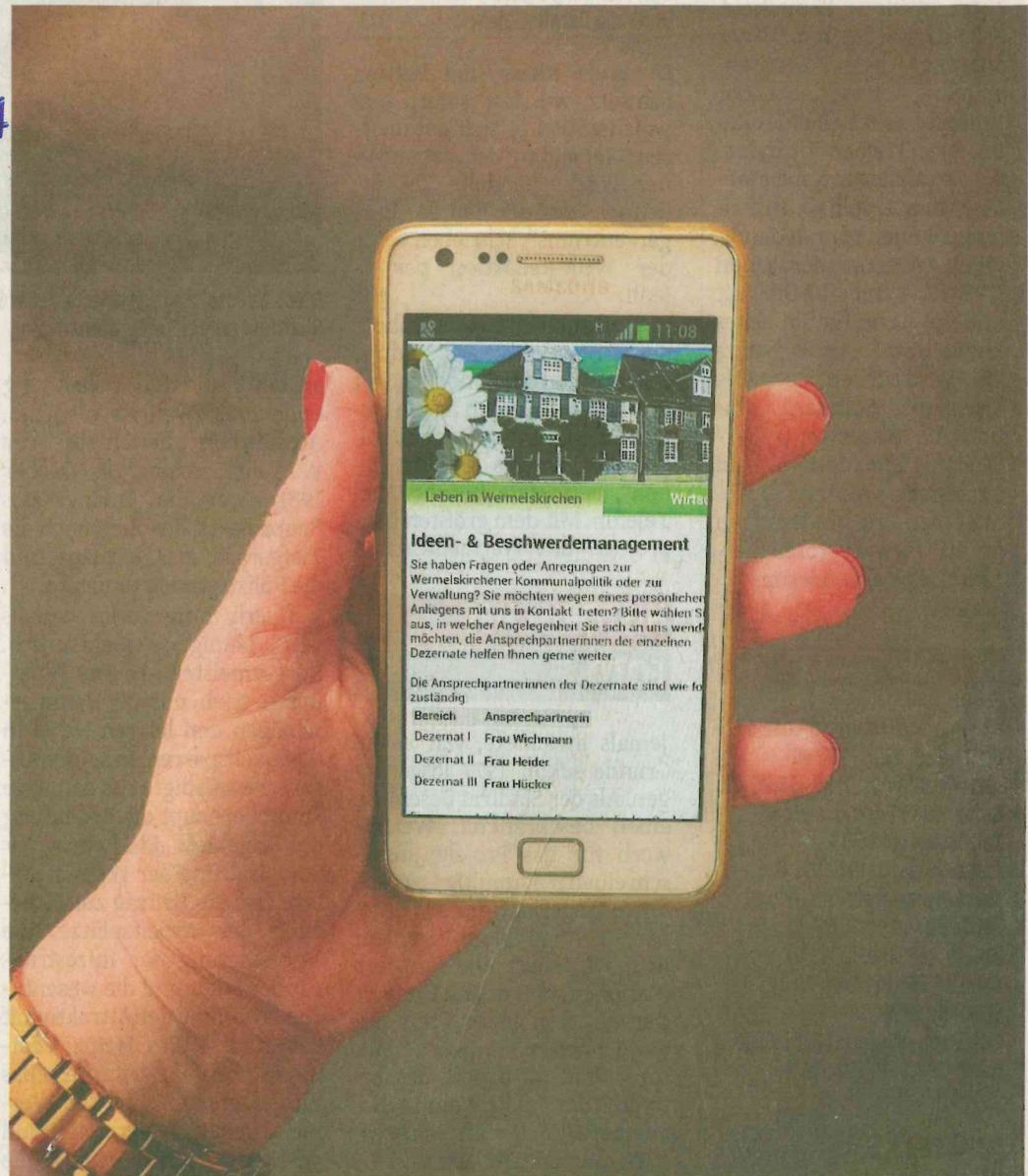
„Der Mängel-Melder ist für uns ein wertvolles Austauschinstrument.“

Michael Weidner,
Stadt Wermelskirchen

die Internetseite der Stadt loswerden. Die E-Mails liefen dann zentral bei einem Mitarbeiter der Verwaltung ein und wurden von dort an die entsprechenden Stellen weitergeleitet.

Ob vermeintlich falsche Beschilderung oder das vergessene Licht in der Sporthalle – die Bürger nutzen inzwischen den Mängel-Melder bereits recht rege. „Natürlich sind nicht alle Informationen, die wir bekommen, hilfreich“, räumt Weidner ein. „Die Beschwerde über den Nachbarn, der seine Mülltonne immer offen stehen lässt, beispielsweise. Die wäre ja besser bei eben dem Nachbarn angebracht als bei der Stadt.“

Insgesamt sei der Mängel-Melder aber ein hilfreiches Instrument, um Schwächen im Stadtgebiet zu erkennen und zu beheben. „Es ist unser Anliegen, Probleme so schnell wie möglich anzugehen“, betont Michael Weidner. Wichtig sei vor allem, die Bürgerfragen zu beantworten. Weidner: „Wir arbeiten zudem noch daran, die Bearbeitungszeit zu optimieren.“



Direkt mit der Stadt Wermelskirchen vernetzt sind die Bürger, die sich über den Mängel-Melder oder die Mängel-App über Missstände beschwerten. Foto: Mittelstadt

Die Mängel-App hat den Vorteil, dass nicht nur zu jeder Tages- und Nachtzeit kleinere Missstände gemeldet werden können. Der aktuelle Bearbeitungsstand ist jederzeit nachvollziehbar. Man erfährt also auch etwas über die Folgen der Meldung. Für die Stadtverwaltung hat die Mängel-App zudem den Vorteil, dass statistische Auswertungen möglich sind. Es ist also leicht zu erkennen, in welchem örtlichen oder thematischen Bereich sich Beschwerden häufen. Dadurch ist es einfacher und schneller möglich, die Gründe für den jeweiligen Missstand zu beseitigen.

Bisher konnte man Anregungen und Beschwerden über

Auch die Kommunalpolitiker sollen langfristig mit eingebunden werden: „Der Mängel-Melder ist für uns ein wertvolles Austauschinstrument.“

Jochen Bilstein (SPD) kann sich gut vorstellen, Mitte des Jahres nach dem Stand der Dinge in Sachen Mängel-Melder zu fragen. „Zurzeit ist das noch zu früh; es liegen ja kaum Ergebnisse vor“, sagt der SPD-Politiker auf Nachfrage.

Henning Rehse (WNK/UWG) räumt ein, dass „zur Behebung von Mängeln auch das nötige Personal bei der Stadt vorhanden“ sein müsse. „Das Schlimmste wäre nämlich, auf eine Beschwerde nicht zu reagieren.“ Als „einen schönen

Kanal, um die Vernetzung zwischen Politik und Bevölkerung zu verbessern“, bezeichnet Stefan Janosi (Bündnis 90/Grüne) den städtischen Mängel-Melder. „Es ist wichtig, die Sorgen und die Kritik der Menschen auch ernst zu nehmen.“ Christian Klicki von der CDU-Fraktion möchte erst einmal abwarten, bis die Version für Android-Geräte verfügbar ist. Dann hat er aber schon konkrete Pläne, wie die Mängel-App einem Großteil der Wermelskirchener Bevölkerung

mit Hilfe der Kommunalpolitik zugänglich gemacht werden könnte: „Wir können uns vorstellen, mit den Mitgliedern der Jungen Union zusammen ein Video zu erstellen, in dem wir erklären, wie die App am optimalsten nutzbar ist.“ Auch er hält den Mängel-Melder im Internet grundsätzlich für sinnvoll: „Er weist aber zurzeit noch einige Schwachpunkte auf. Die Handhabung der App sollte so einfach wie möglich und für jeden Bürger anwendbar sein.“

» Standpunkt

HINTERGRUND

APP Es gibt viele kleine Mängel, weshalb nicht gleich jeder zum Telefon greift, um sie zu melden. Einfacher ginge das mit einer Mängel-App für Smartphones. Meinten jedenfalls die Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Sie stellten seinerzeit den Antrag auf Einrichtung einer Mängel-App. Im November 2016 wurde die Idee umgesetzt.

Pro und Contra der Politiker für Edeka-Ansiedlung an der L 101/K 18 BM 4.1 17

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Behält Dabringhausen seinen Edeka-Markt oder wird er nach Hilgen abwandern, weil es dort ebenfalls Tendenzen und Flächen gibt, die Neuausrichtung in Dabringhausen aber zu lange dauern könnte? Diese Befürchtung treibt die WNKUWG an, die Pläne für einen größeren Edeka an der Kreuzung L 101/K 18 zu befürworten. „Wir stehen dem durchaus positiv gegenüber, obwohl die Fraktion noch nicht abschließend darüber beraten hat“, sagt Henning Rehse auf Anfrage. Er sehe derzeit im Ortskern von Dabringhausen keine 3000 Quadratmeter große Fläche für den Markt und für Parkplätze – „und wenn wir uns nicht schnell einig werden, sehe ich den Edeka-Markt in Hilgen.“

Der Antrag von CDU/Grüne, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Edeka-Vollsortimenters durch Ausweisung eines Sondergebietes auf der grünen Wiese zu schaffen, wird nicht von allen getragen. „Wir sehen den Standort als problematisch an“, sagt Oliver Platt (Büfo). „In Wermelskirchen wurde die Ansiedlung eines Vollsortimenters auf der Rhombus-Fläche als zu weit von der Innenstadt angesehen und abgelehnt. Warum sollen in Dabringhausen andere Parameter gelten?“ Die dörfliche Struktur müsse bei der Versorgung erhalten bleiben, der Einzelhandel müsse fußläufig erreichbar sein. „Setzt man sich erst ins Auto,

fährt man auch weiter. Damit würde der Kernbereich des Dorfes gefährdet“, meint Platt.

Jochen Bilstein (SPD) findet den Antrag „überflüssig wie ein Kropf“. „Einzelhandelsgeschäfte gehören in den Kernbereich.“ Dafür müssten natürlich die räumlichen Voraussetzungen vorhanden sein. Deshalb müsse man sich in Dabringhausen fragen: Bleibt der Einzelhandel im



„Wenn wir uns nicht schnell einig werden, entsteht der Markt in Hilgen“

Henning Rehse
WNKUWG

Dorf bei einer Ansiedlung eines Marktes an der L101 erhalten? „Uns Politikern ist klar: Wir wollen alle den Dabringhausener Einzelhandel erhalten.“ Hier müssten aber noch einige Fragen geklärt werden. Antworten erhofft er sich in der morgigen Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung. Dieser tagt nicht-öffentlich.

Die Sitzung ist auch nach Ansicht von Jürgen Manderla (FDP) wichtig. Denn es geht dabei auch um den möglichen Ausbau der Kreuzung L101/K18 in einen Kreisverkehr. „Wir erhoffen uns eine Aussage in diesem Gremium, inwieweit Edeka den Kreisel finanziert.“ **Umgesetzt werden müsste laut Rehse auf jeden Fall die Ampelanlage.**

Erst gestern hat Manderla mit dem Ortsvorsitzenden Patrick Engels das Thema diskutiert. „Wir stehen der Ansiedlung positiv gegenüber.“ Denn: Der vorhandene Edeka-Markt sei deutlich zu klein. Es fehlten Parkplätze am Standort Südstraße, und der neue Markt an der Kreisstraße 18 sei auch für die Bewohner nicht zu weit. Manderla: „Es ist durchaus zumutbar, auch zu Fuß an der Ampelanlage zum neuen Edeka zu gehen.“ Partei- und Fraktionsvorstand sehen in einem neuen Edeka-Vollsortimenter auch eine Belebung des Dorfes.

Details müssten jetzt diskutiert werden. Für Manderla ist wichtig, dass man so eine Entscheidung nicht auf die lange Bank schiebe. „Wenn wir in der Innenstadt nicht alles nach hinten geschoben hätten, hätten wir schon längst auf dem Loches-Platz einen Vollsortimenter.“ So etwas dürfe nicht auch in Dabringhausen passieren.

Den Wunsch, einen Vollsortimenter im Dorfkern anzusiedeln, könne er verstehen. „Wenn mir jemand darlegt, wie das städtebaulich umsetzbar ist, könnte man darüber reden“, sagt Manderla.

Politiker diskutieren über den Standort für Edeka im Dorf WGA 05.01.14

Im Arbeitskreis Stadtentwicklung ist die Ansiedlung heute Thema.

Von Udo Teifel

Behält Dabringhausen seinen Edeka-Markt oder wird er nach Hilgen abwandern, weil es dort ebenfalls Tendenzen und Flächen gibt, die Neuausrichtung in Dabringhausen aber zu lange dauern könnte? Diese Befürchtung treibt die WNK/UWG an, die Pläne für einen größeren Edeka an der Kreuzung L 101/K 18 zu befürworten. „Wir stehen dem durchaus positiv gegenüber, obwohl die Fraktion noch nicht abschließend darüber beraten hat“, sagt Henning Rehse auf Anfrage. Er sehe derzeit im Ortskern von Dabringhausen keine 3000 Quadratmeter große Fläche für

den Markt und für Parkplätze – „und wenn wir uns nicht schnell einig werden, sehe ich den Edeka-Markt in Hilgen.“ Der Antrag von CDU/Grüne, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines Edeka-Vollsortimenters durch Ausweisung eines Sondergebietes auf der grünen Wiese zu schaffen, wird nicht von allen getragen. „Wir sehen den Standort als problematisch an“, sagt Oliver Platt (Büfo). „In Wermelskirchen wurde die Ansiedlung eines Vollsortimenters auf der Rhombus-Fläche als zu weit von der Innenstadt angesehen und abgelehnt. Warum sollen in Dabringhausen andere Para-

meter gelten?“ Jochen Bilstein (SPD) findet den Antrag „überflüssig wie ein Kropf“. „Einzelhandelsgeschäfte gehören in den Kernbereich.“ Dafür müssten natürlich die räumlichen Voraussetzungen vorhanden sein. Antworten auf offene Fragen erhofft er sich in der heutigen Sitzung des Arbeitskreises Stadtentwicklung. Dieser tagt nichtöffentlich.

Die Sitzung ist auch nach Ansicht von Jürgen Manderla (FDP) wichtig. Denn es geht dabei auch um den möglichen Ausbau der Kreuzung L101/K18 in einen Kreisverkehr. „Wir erhoffen uns eine Aussage in diesem Gremium, inwieweit Edeka den Kreisel finanziert.“



Jürgen Manderla erhofft sich eine Aussage, inwiefern Edeka auch den Kreisel finanzieren könnte.

Foto: H. Draheim

„Es ist zumutbar, auch zu Fuß zum neuen Edeka zu gehen.“

Jürgen Manderla, FDP

Erst gestern hat Manderla mit dem Ortsvorsitzenden Patrick Engels das Thema diskutiert. „Wir stehen der Ansiedlung positiv gegenüber.“ Denn: Der vorhandene Edeka-Markt sei deutlich zu klein. Es fehlten Parkplätze am Standort Südstraße, und der neue Markt an der Kreisstraße 18 sei auch für die Bewohner nicht zu weit. Manderla: „Es ist durchaus zumutbar, auch zu Fuß an der Ampelanlage zum neuen Edeka zu gehen.“

W6 A 10.01.17 WNK/ UWG will keine Parkgebühren in der Stadt

Rehse erinnert an „negative Erfahrungen“.

Die Fraktion WNK/UWG lehnt Parkgebühren für Wermelskirchen grundsätzlich ab. Das betont der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse. Eine entsprechende Erklärung werde die Fraktion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr abgeben. Die Sitzung ist für den 13. März angesetzt.

Rehse bezieht sich auf einen WGA-Artikel vom 9. Dezember. Seinerzeit hatte Stefan Janosi (Bündnis 90/ Grüne) noch einmal erklärt, dass er sich vorstellen könne, die Langzeitparker mit einer möglichen Gebühr von 50 Cent aus der Innenstadt zu bekommen. Laut Tiefbauamtsleiter Harald Drescher sei bereits eine Untersuchung zum Verkehrsentwicklungsplan in Auftrag gegeben, in der unter anderem die Parkplatzsituation in Wermelskirchen dargestellt sei. Bürgermeister Rainer Bleek sprach indes davon, dass es „politische Kräfte“, gebe, „die das wollen.“ Parkgebühren wollte das Stadtoberhaupt nicht ausschließen. „Uns ist nicht bekannt, dass das Verkehrsgutachten den Aspekt der Parkge-



Henning Rehse will sich im Ausschuss erklären. Foto: Schmitz

bühren ebenfalls beleuchten soll“, sagt Henning Rehse. „Wir wissen nicht, was dies kostet und haben das nicht beschlossen.“ Und: „In Anbetracht der negativen, praktischen Erfahrungen, die wir alle bereits mit Parkscheinautomaten und Parkgebühren in unserer Stadt gemacht haben, ist dieses Ansinnen umso unverständlicher.“ Man wolle vorsorglich darauf hinweisen, „dass wir für diesen Teil des Gutachtens anfallende Kosten nicht verantwortlich gemacht werden können.“

acs

Flüchtlinge - Politiker ärgert Bleeks Schuldzuweisung

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Für böses Blut hat jetzt eine Äußerung von Bürgermeister Rainer Bleek unter einigen Fraktionsvorsitzenden gesorgt. So wirft ihm Christian Klicki (CDU) vor, dass „Teile der Politik keine Probleme damit hatten“, dass der Bürgermeister das städtische Flüchtlingskonzept zeitnah nach der nichtöffentlichen Ältestenratssitzung der Öffentlichkeit vorstellt. „Es ist eine Frechheit, wenn nicht gar ein Skandal, wenn der Bürgermeister uns die Schuld zuschiebt, dass

die Öffentlichkeit nach der Sitzung nicht informiert werden darf.“

Bleek hatte auf Nachfrage dieser Redaktion erklärt, dass er keine Details des erarbeiteten Konzepts vor der Hauptausschusssitzung bekanntgeben dürfe; dies hätten ihm die Politiker untersagt. „Das ist falsch“, sagte Klicki. „Ich habe damit kein Problem gehabt. Ich habe auch gefragt, wie wir mit der Veröffentlichung des Konzeptes umgehen wollen.“ Nach Kli-

ckis Darstellung sei die Initiative von der Stadtverwaltung ausgegangen, das Konzept jetzt noch nicht zu veröffentlichen.

„Bleeks Aussage entspricht nicht der Wahrheit“

Henning Rehse

„Die Argumentation war unter anderem, dass die Fraktionen rebellieren würden, wenn sie nicht zuerst informiert würden.“ Dieses Problem sieht Klicki nicht. „War dieses Vorgehen des Bürgermeisters kalkuliert oder hat er in der Sitzung nicht zugehört, dass der Vorschlag aus seinem Haus stammt, das Kon-

zept erst für die Ausschusssitzung zu veröffentlichen?“, fragt er.

Auch Henning Rehse (WNKUWG) wundert sich über die Aussage des Bürgermeisters. Die Verwaltung habe eine sehr gute Präsentation vorgelegt, in der es „nichts Dramatisches“ gegeben habe. „Das war doch alles harmlos. Lediglich die Frage der Finanzierung, die aus dem politischen Raum kam, muss noch einmal aufgearbeitet werden.“ Aus dem Raum der Politik sei dann die Frage gekommen, wie man mit dem Thema öffentlich umgehen wolle. „Wir Politiker hatten kein Pro-

blem damit, dass die Bürger umgehend informiert werden.“

Lediglich Projektleiter Jürgen Scholz, so Rehse, empfahl, bis zum Hauptausschuss zu warten. „Er wollte alles komplett haben, aber auch die Fraktionen und deren Mitglieder informieren, weil es sonst wieder Ärger geben könne, weil Bürger vor den Kommunalpolitikern informiert worden seien. Diesen Vorschlag hätten dann die Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat angenommen. „Was Bürgermeister Rainer Bleek also sagt, entspricht nicht der Wahrheit“, sagt Rehse. BM 17.01.

Das sagen die Politiker zu den Plänen der Verwaltung

In den Fraktionen herrscht weitgehend Zustimmung. Es gibt nur noch einige Verbesserungsvorschläge. WG A 17.01

Von Anja Carolina Siebel

Trotz anfänglicher Querelen: Die Vertreter der kommunalpolitischen Fraktionen stimmen dem Konzept der Verwaltung zur Flüchtlingsunterbringung weitgehend zu; gleichwohl alle auf Nachfrage anmerkten, sich vor dem Haupt- und Finanzausschuss noch fraktionsintern abstimmen zu müssen.

Als „deutlich besser als vorher“ wertet Jürgen Manderla

(FDP) die Vorlage. „Es gibt sicher noch ein paar Stellschrauben, vor allem auch, was die Finanzen angeht“, räumt er ein. „Alles in allem kann man damit aber leben.“

CDU-Fraktion möchte Mischung mit jungen Familien

Positiv äußert sich auch Jochen Bilstein: „Ich finde den Vorschlag sehr gelungen“, sagt der Fraktionsvorsitzende der SPD. Im Ältestenrat habe die

Verwaltung die Punkte überzeugend vorgestellt.

Auch Henning Rehse (WNK/UWG) kann grundsätzlich mit dem Konzept leben: „Es ist aus meiner Sicht okay. Wichtig wäre uns aber noch, dass die Stadt sich an den Ratsbeschluss hält und nicht über 40 Personen an einem Standort unterbringt.“

Zudem sollten die Neubauten tatsächlich nachhaltig sein, das heißt, auch weiter ge-

nutzt werden können.“ Auch sollte nach Ansicht Rehses das Polizeigebäude so rasch wie möglich für die ursprüngliche Nutzung wieder freigegeben werden.

Das sieht Christian Klicki (CDU) etwas anders: „Ich würde das Polizeigebäude nicht so schnell leerräumen.“ Zudem ist er der Ansicht, dass es auf den Grundstücken, für die Investoren gesucht werden, eine Mischung aus jungen Familien

und geflüchteten Menschen geben sollte. „Und das möglichst von Anfang an.“

Als ein „sehr gutes Konzept“ bewertet Stefan Janosi (Bündnis 90/Grüne) die 19-seitige Vorlage, die die Verwaltung präsentiert. „Wir halten es allerdings für empfehlenswert, bei der Belegung der Objekte auf die sozialen Strukturen, etwa die Religion oder die Familiensituation der Bewohner zu achten.“

Klicki: Stadt soll nicht als Bauherr auftreten

BH
18.01

Das Konzept der Stadt zur Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge dürfte mit breitem Konsens beschlossen werden. Dennoch gibt es Fragen der Politiker, die bis zur Sitzung beantwortet werden müssen.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Das von der Stadtverwaltung vorgelegte Konzept zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge dürfte im Haupt- und Finanzausschuss eine breite Mehrheit finden. Das ergab gestern eine Umfrage unter den Fraktionsvorsitzenden. Dennoch gibt es Fragen und kritische Anmerkungen.

Im Großen und Ganzen sei das Konzept gut, sagte Christian Klicki, Vorsitzender der CDU-Fraktion und Parteichef. Zustimmung könne er, und er werde auch so seiner Fraktion empfehlen, dass Holzhäuser als „Wohnzellen“ errichtet werden. Mit den Standorten sei er einverstanden. Derzeit spreche er sich gegen das geplante Leerziehen des Polizeigebäudes aus. Dies sei „wenig sinnvoll“. Dort sei die Unterbringung kostengünstiger als in Neubauten. Zudem sollte dringend ermittelt werden, ob der Bolzplatz Belten auch wirklich frei sei oder Jugendliche diese Fläche nutzen. „Hier sollte der Jugend nicht der Platz weggenommen werden.“

Wichtig erscheint ihm, bei allen Maßnahmen auch die beschlossenen Richtwerte von 40 beziehungsweise 20 Personen einzuhalten. Das sieht er derzeit nicht in Eckringhausen/Hilfringhausen. „Früher hieß das Hilfringhausen I + II.“ Würden die beiden Projekte – Wohnzellen für 24 Personen und das Investorenmodell mit Reihenhäusern in Hilfringhausen für 40 Personen – so realisiert, komme man deutlich über die Zahl 40. Klicki: „Diesem Optionsmodell stimmen wir nicht zu.“ Die CDU erwartet auch eine „Durchmischung“ bei der Belegung – „sozialer Wohnraum ist gefragt, da müssen wir reagieren“. Seine Fraktion werde wohl ablehnen, dass die Stadt als Investor auftrete – „bei den letzten Bauprojekten reichten die Kostenansätze der Stadt nicht aus.“ Zudem binde so etwas Personal. Er sei skeptisch, was die Zahl von 180 Flüchtlingen angehe – „dann müssten sich die Flüchtlingszahlen verdoppeln“. Klicki rechnet mit weniger Flüchtlingen – dann benötige die Stadt weniger Gebäude.

Henning Rehse (WNKUWG) will seiner Fraktion empfehlen zuzustimmen: Es werde nachhaltig gebaut, an keinem Standort werde es mehr als 40 Personen geben, die Gebäude seien im Stadtgebiet verteilt, und VHS sowie Stadtarchiv/BGV könnten ins Polizeigebäude einziehen. Die Zahl 180 zweifelte er ebenso wie Klicki an. „Dann müssten jährlich 400.000 Flüchtlinge kommen. Alle gehen von 200.000 aus.“

Das neue Konzept komme den FDP-Vorstellungen sehr nahe, da es keine teuren provisorischen Lösungen wie am Freibad Dhünn vorsehe, sagte Jürgen Manderla. Anmietung, Ankauf von alten Gebäuden und

cher, dass die veranschlagten Kosten eingehalten werden? „Diese Liste will die Stadt noch vor der Sitzung abarbeiten“, sagte Manderla.

Lob gab es für „ein schlüssiges Konzept“ vom Bürgerforum. Dies zu erarbeiten, sei sicher schwer gewesen, weil sich die Zahlen ständig änderten, meinte Fraktionsvorsitzender Oliver Platt. Büfo werde das Vorgehen unterstützen, auch wenn noch Details durchgesprochen werden müssten. Wichtig sei seiner Fraktion, dass die Standorte über das Stadtgebiet verteilt seien.

Zufrieden ist Jochen Bilstein (SPD). Auch seine Fraktion müsse noch beraten, aber das Konzept sei

Im Neubaugebiet Jahnstraße (hier Höhe Schwanen 39) sollen Reihenhäuser entstehen.



In Pohlhausen sind Reihenhäuser hinter dem Kindergarten geplant. FOTOS: LUFT-BILD 2013, GEOBASISDATEN DER KOMMUNEN UND DES LANDES NRW



Neubau ja, und würden die Immobilien nicht mehr benötigt, könnten diese verkauft werden. Als unrealistisch bezeichnete er die Annahme von 180 Flüchtlingen jährlich und schloss sich CDU und WNKUWG an. Für die Liberalen gibt es noch ungeklärte Fragen: Wer übernimmt die notwendigen Hausmeisterdienste? Werden auch Parkplätze eingeplant, um die Gebäude verkaufen zu können? Müssen Flüchtlinge im Umgang mit deutschen Energiestandards geschult werden, um Lüftungsprobleme zu vermeiden? Wie stellt die Verwaltung si-

„sehr sinnvoll“. Denn: Die Standorte seien verteilt, und die Konzeptionierung ermögliche eine nachhaltige Nutzung, so dass es refinanzierbar sei. „So etwas lag bislang nicht vor. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine breite Mehrheit finden.“

Ähnlich sieht es Stefan Janosi (Grüne). „Die Gebäude lassen sich refinanzieren. Wichtiger ist uns, dass die Häuser zum Zeitpunkt X jungen Familien zur Verfügung stehen.“ Wermelskirchen habe für zu wenig bezahlbaren Wohnraum gesorgt. „Jetzt wird Wohnraum geschaffen. Das ist der richtige Weg.“

LESERBRIEF

Lkw-Stau muss weg Streckenradar BM 10.01.

Ja, die A1 ist abschüssig – war sie aber immer schon! Ja, man kann dort schneller als 100 Stundenkilometern fahren, es handelt sich immerhin um eine 6-spurige Autobahn – war aber immer schon so! Aber: Ich fahre die Strecke seit 1989 fast jeden Tag zur Arbeit. Bis zu dem Zeitpunkt vor einigen Jahren, als die Posse um die Rheinbrücke begann, hat es dort keinen schweren Unfall gegeben.

Die Toten müssen wir beklagen, seitdem dort die Lastwagen kilometerlang „parken“, weil behauptet wird, die Rheinbrücke würde sonst „umfallen“.

Da gibt es in der EU zig Brücken, die vorher umfallen - nur gibt es für die keine „Gutachten“.

Die Brücke kippt genauso wenig um, wie seit zehn Jahren keine Marmorplatte dem Gutachter folgend vom Rathaus gefallen ist!

Nicht das Streckenradar muss kommen, der Lkw-Stau muss weg!

Henning Rehse, Goethestraße 33

CDU und WNK UWG fordern Personalbericht

Die Fraktionen von CDU und WNK UWG möchten besser über die Personalsituation der Stadtverwaltung informiert sein. Deshalb fordern die Fraktionen im nächsten Hauptausschuss, dass die Verwaltung künftig zur Jahresmitte, erstmals ab 2018, einen Bericht vorlegt, der unter anderem darlegt, wie viele unbesetzte Stellen es wegen Krankheit, Kündigung oder Ruhestand gibt. Der Bericht soll sich an dem Personalbericht des Rheinisch-Bergischen Kreises orientieren. kam

Bilanz nach einem Jahr Gesundheitskarte

In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Inklusion am 16. Februar will die WNK UWG die Gesundheitskarte thematisieren, die im Januar vergangenen Jahres in Wermelskirchen eingeführt wurde und die Verwaltung der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge vereinfachen sollte. Die WNK UWG möchte, dass die Stadtverwaltung nach einem Jahr Bilanz zieht und mitteilt, wie hoch die Beiträge sind, die die Stadt 2016 zu tragen hatte und ob diese Kosten auch ohne Einführung der Gesundheitskarte in dieser Höhe entstanden wären. red

Karte für Flüchtlinge: Kostenbilanz

Die WNK/UWG möchte von der Verwaltung im Ausschuss für Soziales und Inklusion am 16. Februar eine Zwischenbilanz über die Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte in Wermelskirchen erhalten – vor allem unter finanziellen Aspekten. Die Fraktion fragt etwa an, wie hoch die Kosten sind, die die Stadt seit der Einführung der Gesundheitskarte zu tragen hatte. Seit etwa einem Jahr erhalten Flüchtlinge in Wermelskirchen eine elektronische Gesundheitskarte. Das hatte die Politik beschlossen. Mit dieser Karte können Asylberechtigte im Krankheitsfall direkt einen Arzt aufrufen, ohne sich um einen Krankenschein oder eine Kostendeckungszusage bemühen zu müssen. Für die WNK/UWG könne dieses Projekt nur fortgesetzt werden, sofern die Stadt auch finanzielle Vorteile gegenüber dem Altverfahren genieße. „Wir erwarten eine unaufgeregte Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer Gesundheitskarten-Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen“, so die WNK/UWG. ser

Politiker bezichtigen Bleek der Lüge ^{WGA} _{17.01.}

Fraktionsvorsitzende der CDU und WNK/ UWG kritisieren Vorgehen in der Flüchtlingspolitik.

Von Udo Teifel

Für böses Blut hat jetzt eine Äußerung von Bürgermeister Rainer Bleek unter einigen Fraktionsvorsitzenden gesorgt. So wirft ihm Christian Klicki (CDU) vor, dass „Teile der Politik keine Probleme damit hatten“, dass der Bürgermeister das städtische Flüchtlingskonzept zeitnah nach der nichtöffentlichen Ältestenratssitzung der Öffentlichkeit vorstellt. „Es ist eine Frechheit, wenn nicht gar ein Skandal, wenn der Bürgermeister uns die Schuld zuschiebt, dass die Öffentlichkeit nach der Sitzung nicht informiert werden darf.“

Bleek hatte auf Nachfrage erklärt, dass er keine Details des erarbeiteten Konzepts vor der Hauptausschusssitzung bekanntgeben dürfe; dies hätten ihm die Politiker untersagt. „Das ist falsch“, sagte Klicki. „Ich habe damit kein Problem gehabt. Ich habe auch gefragt, wie wir mit der Veröffentlichung des Konzeptes umgehen wollen.“ Nach Klickis Darstel-

lung sei die Initiative von der Stadtverwaltung ausgegangen, das Konzept jetzt noch nicht zu veröffentlichen. „Die Argumentation war unter anderem, dass die Fraktionen rebellieren würden, wenn sie nicht zuerst informiert würden.“ Dieses Problem sieht Klicki nicht. „War dieses Vorgehen des Bürgermeisters kalkuliert oder hat

er in der Sitzung nicht zugehört, dass der Vorschlag aus seinem Haus stammt, das Konzept erst für die Ausschusssitzung zu veröffentlichen?“, fragt er. Auch Henning Rehse (WNK/ UWG) wundert sich über die Aussage des Bürgermeisters. Die Verwaltung habe eine sehr gute Präsentation vorgelegt, in der es „nichts

Dramatisches“ gegeben habe. „Das war doch alles harmlos. Lediglich die Frage der Finanzierung, die aus dem politischen Raum kam, muss noch einmal aufgearbeitet werden.“ Aus dem Raum der Politik sei dann die Frage gekommen, wie man mit dem Thema öffentlich umgehen wolle. „Wir Politiker hatten kein Problem damit, dass die Bürger umgehend informiert werden.“

Jürgen Scholz habe empfohlen, bis zum Hauptausschuss zu warten

Nur Projektleiter Jürgen Scholz, so Rehse, empfahl, bis zum Hauptausschuss zu warten. „Er wollte alles komplett haben, aber auch die Fraktionen und deren Mitglieder informieren, weil es sonst Ärger geben könne, weil Bürger vor den Kommunalpolitikern informiert worden seien. Diesen Vorschlag hätten dann die Fraktionsvorsitzenden im Ältestenrat angenommen. „Was Bürgermeister Rainer Bleek also sagt, entspricht nicht der Wahrheit“, sagt Rehse.



Christian Klicki (CDU): „Es ist eine Frechheit, wenn nicht ein Skandal, wenn der Bürgermeister uns die Schuld in die Schuhe schiebt.“ Archivfoto: Keusch

Flüchtlinge: Bleek will Bürger nicht über jeden Standort informieren

W6 A
28.01

Politiker sind verärgert über Zurückhaltung des Stadtoberhauptes.

Von Sebastian Radermacher

Auf den städtischen Grundstücken Asterweg, Eckringhausen und Kenkhausen werden Unterkünfte für Flüchtlinge gebaut. Das beschlossen die Politiker im Hauptausschuss einstimmig. Außerdem beauftragten sie die Verwaltung, Flächen in den Neubaugebieten Jahnstraße/Unterweg, Hilfringhauser Straße und Pohlhausen an Investoren zu verkaufen, damit diese dort bis 2019 Wohnraum für bis zu 120 Personen schaffen. Über die von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte „Bolzplatz Beltener Straße“ und Eichholzer Straße stimmten die Politiker nicht ab. Die Verwaltung zog diese Beschlussvorlage kurzfristig zurück.

Wie berichtet, hatten Anwohner der Beltener Straße kritisiert, dass dort bereits Asylbewerber wohnen. „Wir haben gestern eine Alternative für Belten gefunden, die wir jetzt prüfen“, sagte Hauptamtsleiter Jürgen Scholz. Eine hitzige Diskussion gab es über

den Umgang des Bürgermeisters mit Bürgerversammlungen, um über geplante Flüchtlingsunterkünfte zu informieren.

Rainer Bleek lädt für Donnerstag, 2. Februar, 18 Uhr, ins Bürgerzentrum ein. Anders als von CDU und FDP gefordert, lehnte er es aber ab, für jeden Standort eine Versammlung zu organisieren. Letztlich beschlossen die Politiker bei einer Enthaltung (Büfo) und einer Gegenstimme (Bleek), dass es an jedem Standort eine Bürgerinformation durch die Stadt geben soll. Der Bürger-

meister zog in Erwägung, diesen Beschluss zu beanstanden. „Ich warte noch auf den genauen Wortlaut des Beschlusses im Protokoll“, sagte Bleek.

Womit er leben könne, sei der Vorschlag, den Henning Rehse (WNKUWG) zum Ende der emotionalen Diskussion (vor der Abstimmung) im Hauptausschuss gemacht hatte. „Wenn ein Investor konkrete Pläne für einen Standort entwickelt hat, bin ich natürlich bereit, die betroffenen Anwohner bei einer Ortsbegehung zu informieren.“



Jochen Schmidt (l.) und Hartmut Hübinger hatten sich als Anwohner der Beltener Straße beschwert.
Foto: Siebel

Bürgerversammlungen sorgen für reichlich Zündstoff

WERMELSKIRCHEN (ser) Bürgermeister Rainer Bleek wird in den nächsten Tagen entscheiden, ob er den Beschluss der Politiker anfechten wird, an jedem Standort für Flüchtlingsunterkünfte eine eigene Bürgerversammlung zu organisieren. „Ich warte noch auf den genauen Wortlaut des Beschlusses im Protokoll. Ich denke ernsthaft darüber nach, den Beschluss zu beanstanden“, sagte Bleek gestern auf Anfrage unserer Redaktion.

Die Politiker hatten sich nach langer und hitziger Diskussion letztlich bei einer Enthaltung (Büto) und einer Gegenstimme (Bleek) dafür ausgesprochen, dass der Bürgermeister für jeden Standort die Bürger separat über die Pläne zu informieren hat. „Ich sehe dadurch deutliche Eingriffe in meine Kompetenzen“, meinte Bleek dazu. Die Bürger bei diesem Thema zu beteiligen, stehe außer Frage. Es solle aber möglich sein, „auch zwei bis drei Standorte

zusammenzufassen – diese Freiheit möchte ich mir erhalten“, sagte der Bürgermeister und fügte an: „Ich sehe die Tendenz, dass vor allem die CDU die Stadtverwaltung bei diesem Thema einengen will.“ Auch den beschlossenen Richtwert von 40 beziehungsweise 20 Flüchtlingen pro Standort könne er nicht nachvollziehen. Bleek: „So etwas gibt es in anderen Städten nicht.“

Womit er leben könne, sei der Vorschlag, den Henning Rehse

(WNKÜWG) zum Ende der emotionalen Diskussion (vor der Abstimmung) im Hauptausschuss gemacht hatte. „Wenn ein Investor konkrete Pläne für einen Standort entwickelt hat, bin ich natürlich bereit, die betroffenen Anwohner bei einer Ortsbegehung zu informieren.“ Es mache aber keinen Sinn, kurz nach oder sogar vor einem entsprechenden Beschluss der Politiker Bürgerversammlungen an einzelnen Standorten durchzuführen.

Bleek verweist auf die Bürgerversammlung der Stadtverwaltung am kommenden Donnerstag, 2. Februar, 18 Uhr, Bürgerzentrum. Dann wird er über die allgemeine Planung für die Standorte Thomas-Mann-Straße, Polizeigebäude, Asterweg, Kenkhäuser und Eckringhausen informieren. „Sollten an diesem Abend spezielle Fragen kommen, könnte man sich auch noch mal vor Ort mit den Anwohnern treffen“, sagte der Bürgermeister.